

Praxis der Strafzumessung

Schäfer / Sander / van Gemmeren

7., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2024
ISBN 978-3-406-78083-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse
Band 51



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Praxis der Strafzumessung

von

Dr. Gerhard Schäfer

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof i. R.
Stuttgart

und

Prof. Dr. Günther M. Sander

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof i. R.
Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin
Berlin

und

Gerhard van Gemmeren

Vorsitzender Richter am Landgericht Kleve
Kalkar

unter Mitarbeit von

apl. Prof. Dr. Tobias Ceffinato

Richter am Landgericht Bayreuth
Außerplanmäßiger Professor an der Universität Bayreuth

7., neu bearbeitete und erweiterte Auflage
2024



C.H. BECK

Zitierweise: Schäfer/Sander/van Gemmeren Strafzumessung Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 78083 7

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Umschlag und Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort der 7. Auflage

Seit der Voraufgabe hat der Gesetzgeber in vielfältiger Weise in das für die Rechtsfolgen maßgebliche Recht eingegriffen. Infolgedessen sind weite Teile des Buches überarbeitet oder neu gefasst worden.

Insbesondere sind die Voraussetzungen für die Anordnung der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt (§ 64 StGB; → Rn. 444 ff.) durch das Gesetz zur Überarbeitung des Sanktionenrechts – Ersatzfreiheitsstrafe, Strafzumessung, Auflagen und Weisungen sowie Unterbringung in einer Entziehungsanstalt vom 26.7.2023 (BGBl. I Nr. 203) mit dem Ziel verschärft worden, den Maßregelvollzug zu entlasten. Zugleich ist der Umrechnungsmaßstab für die Ersatzfreiheitsstrafe (§ 43 StGB) verändert worden.

Schließlich hat sich auch das Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz – CanG) vom 27.3.2024 (BGBl. I Nr. 209) in der Praxis bereits erheblich ausgewirkt, weil dadurch der unerlaubte Umgang mit Cannabis aus dem Betäubungsmittelgesetz gelöst worden ist und nun grundsätzlich mit geringeren Strafen bedroht wird (→ Rn. 1749); dies haben namentlich die Revisionsgerichte zu beachten (§§ 2 Abs. 3 StGB; § 354a StPO).

Diese haben im Übrigen – entsprechend der mannigfaltigen Lebenswirklichkeit – zahlreiche Einzelfälle entschieden. Der Große Senat für Strafsachen des Bundesgerichtshofs war damit befasst, nach der am 1.7.2017 in Kraft getretenen Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung noch immer offene Fragen zu beantworten, nämlich zur Hinweispflicht bei Einziehung von Taterträgen nach § 265 Abs. 2 Nr. 1 StPO (BGH, Beschluss vom 22.10.2020 – GSSt 1/20 –, BGHSt 66, 20), zur Einziehung des Wertes von Taterträgen bei Anwendung von Jugendstrafrecht (BGH, Beschluss vom 20.1.2021 – GSSt 2/20 –, BGHSt 65, 242) sowie zur selbständigen Einziehung bei verjährter Straftat (BGH, Beschluss vom 23.5.2023 – GSSt 1/23 –, BGHSt 67, 295).

Als weiterer Autor konnte Herr Prof. Dr. Tobias Ceffinato gewonnen werden. Er ist nach seiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Leipzig und neben der Lehrtätigkeit an der Universität Bayreuth seit November 2021 als Richter am Landgericht Bayreuth eingesetzt. Herr Ceffinato hat den völlig neuen Teil 11 zur Jugendstrafe beigeleitet.

Herr Dr. Christian Rosner hat alle Autoren lektoratsseits in bewährter Weise bestmöglich, umsichtig und geduldig betreut. Hierfür danken wir ihm wie stets herzlich.

Die Bearbeitung ist im Wesentlichen auf dem Stand vom Januar 2024; zahlreiche Nachträge sind bis Ende Mai 2024 erfolgt.

Mit dieser 7. Auflage scheidet der Unterzeichner aus dem Kreis der Autoren aus. Meine Kollegen Sander und van Gemmeren, die in der Vergangenheit schon weite Teile bearbeitet haben und mit denen ich seit unserer gemeinsamen Zeit beim 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs freundschaftlich verbunden bin, werden das Buch zusammen mit Herrn Ceffinato fortführen. Darüber freue ich mich sehr, kann ich doch sicher sein, dass das, was ich vor 34 Jahren begonnen habe, in den denkbar besten Händen liegt.

Stuttgart, Mai 2024

Für die Autoren
Gerhard Schäfer



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort der 7. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Teil 1. Grundtendenzen der modernen Kriminalpolitik	1
Teil 2. Das Instrumentarium der Strafen und verfahrensrechtlichen Reaktionen	11
A. Überblick	11
B. Absehen von der Verfolgung bei Geringfügigkeit (§ 153 StPO) bzw. unter Auflagen und Weisungen (§ 153a StPO)	12
C. Die Verwarnung mit Strafvorbehalt (§§ 59 ff. StGB)	24
D. Die Geldstrafe	29
E. Die Freiheitsstrafe	42
F. Geldstrafe neben Freiheitsstrafe (§ 41 StGB)	85
G. Die Vermögensstrafe (§ 43a StGB)	88
H. Einziehung und Unbrauchbarmachung (§§ 73 ff. StGB)	89
I. Das Fahrverbot (§ 44 StGB)	131
Teil 3. Maßregeln der Besserung und Sicherung	137
A. Überblick	137
B. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB)	144
C. Unterbringung in einer Entziehungsanstalt (§ 64 StGB)	179
D. Unterbringung in der Sicherungsverwahrung (§§ 66, 66a, 66b StGB)	209
E. Führungsaufsicht (§§ 68–68g StGB)	227
F. Das Berufsverbot (§§ 70 ff. StGB)	231
G. Die Entziehung der Fahrerlaubnis (§§ 69 ff. StGB)	239
Teil 4. Die strafzumessungserheblichen Umstände	249
A. Überblick	249
B. Die Strafzumessungsschuld	249
C. Gerechter Schuldausgleich	310
D. Die Prävention	348
E. Schuld und Prävention bei der Strafzumessung – Ausgleich der Strafzwecke –	351
F. Der Gedanke der Gleichbehandlung	372
Teil 5. Der Vorgang der Strafzumessung	377
A. Überblick	377
B. Der gesetzliche Strafrahmen	380
C. Die Strafhöhenbestimmung: „Der Spielraum“	488
D. Vom Spielraum zur Festlegung der Strafe	499
Teil 6. Die Gesamtstrafe	503
A. Normalfall: Bildung der Gesamtstrafe nach § 53 StGB	503
B. Die nachträgliche Gesamtstrafenbildung (§ 55 StGB)	514
Teil 7. Die Feststellung der strafzumessungserheblichen Tatsachen	541
A. Grundsätze	541
B. Teilrechtskraft und innerprozessuale Bindungswirkung	552
Teil 8. Die Strafzumessung in den Urteilsgründen	615
A. Überblick	615
B. Der Aufbau der Begründung der Strafzumessung	620
C. Die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten	625
D. Die strafzumessungserheblichen Umstände der Tatbegehung	631
E. Der Abschnitt „Strafzumessung“ in den Urteilsgründen	632

Teil 9. Die Revisibilität der Strafzumessung und die Entscheidung des Revisionsgerichts	675
A. Strafzumessung ist Rechtsanwendung	675
B. Prüfungsumfang des Revisionsgerichts	680
C. Begründetheit der Revision	704
D. Die Entscheidung des Revisionsgerichts – Überblick	722
E. Aufhebung	724
F. Nach Aufhebung: Eigene Sachentscheidung des Revisionsgerichts oder Zurückverweisung	738
Teil 10. Deliktsspezifische Strafzumessungsumstände	759
A. Vorbemerkung	759
B. Aussagedelikte (§§ 153 ff. StGB)	759
C. Verletzung der Unterhaltspflicht (§ 170 StGB)	762
D. Sexueller Missbrauch von Kindern (§§ 176 ff. StGB)	764
E. Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung (§ 177 StGB)	767
F. Tötungsdelikte (§§ 211 ff. StGB; 6 ff. VStGB)	774
G. Körperverletzungsdelikte (§§ 223 ff. StGB)	782
H. Nötigung (§ 240 StGB)	785
I. Diebstahl (§§ 242, 243 StGB)	787
J. Raubdelikte (§§ 249 ff. StGB)	790
K. Betrug (§ 263 StGB)	794
L. Untreue (§ 266 StGB)	798
M. Insolvenzstraftaten (§§ 283–283d StGB)	802
N. Vollrausch (§ 323a StGB)	804
O. Bestechungsdelikte (§§ 331 ff. StGB)	805
P. Straßenverkehrsdelikte	807
Q. Betäubungsmittelstraftaten	814
R. Steuerhinterziehung	863
Teil 11. Die Jugendstrafe	885
A. Kriminalpolitik und verfassungsrechtliche Grundlagen	885
B. Das Instrumentarium jugendstrafrechtlicher Sanktionen	889
C. Die Zumessung der Jugendstrafe	908
D. Die einheitliche Jugendstrafe	916
E. Die Revisibilität der jugendstrafrechtlichen Rechtsfolgenentscheidung	920
Sachregister	923

Inhaltsverzeichnis

Teil 1. Grundtendenzen der modernen Kriminalpolitik	1
Teil 2. Das Instrumentarium der Strafen und verfahrensrechtlichen Reaktionen	11
A. Überblick	11
B. Absehen von der Verfolgung bei Geringfügigkeit (§ 153 StPO) bzw. unter Auflagen und Weisungen (§ 153a StPO)	12
I. Einstellung durch die Staatsanwaltschaft	12
1. Bedeutung der Vorschriften	12
2. Voraussetzungen der §§ 153, 153a StPO	13
a) Nur bei Vergehen	13
b) Grad des Tatverdachts	13
c) Maß der Schuld	13
aa) § 153 StPO	13
bb) § 153a StPO	14
d) Kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung	14
3. Hauptanwendungsgebiete	15
a) § 153 StPO	15
b) § 153a StPO	15
4. Auflagen und Weisungen nach § 153a StPO	16
a) Keine abschließende Aufzählung	16
b) Einzelne Maßnahmen	17
aa) Schadenswiedergutmachung (§ 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 StPO)	17
bb) Zahlung eines Geldbetrags (§ 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 2 StPO)	17
cc) Sonstige gemeinnützige Leistungen (§ 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 3 StPO)	17
dd) Unterhaltszahlungen (§ 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 4 StPO)	17
ee) Täter-Opfer-Ausgleich (§ 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 5 StPO)	17
ff) Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs (§ 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 6 StPO)	17
gg) Teilnahme an einem Aufbauseminar (§ 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 7 StPO)	18
hh) Teilnahme an einer Therapie (§ 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 8 StPO)	18
5. Verfahrensfragen	18
a) § 153 StPO	18
b) § 153a StPO	19
6. Jugendstrafrecht	20
a) Absehen von Verfolgung nach § 45 Abs. 1 JGG	20
b) Absehen von Verfolgung ohne Einschaltung des Jugendgerichts (§ 45 Abs. 2 JGG)	20
c) Absehen von Verfolgung nach jugendrichterlicher Ermahnung und nach Erfüllung von Weisungen und Auflagen (§ 45 Abs. 3 JGG)	20
7. Steuerstrafrecht	21
8. Betäubungsmittelstrafrecht	21
9. Würdigung von § 153a StPO	21
II. Einstellung durch das Gericht	22
1. Voraussetzungen	22
2. Verfahren	22
a) In jeder Lage des Verfahrens	22
b) Beschluss	23
c) Prozessgegenstand	23
d) Zustimmungsbedürftigkeit	23

e) Anfechtbarkeit	23
f) Fortsetzung des Verfahrens bei § 153a StPO	24
g) Strafklageverbrauch	24
C. Die Verwarnung mit Strafvorbehalt (§§ 59 ff. StGB)	24
I. Rechtsnatur und Bedeutung der Regelung	24
II. Voraussetzungen	26
1. „Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen verwirkt“	26
2. Spezial- und generalpräventive Voraussetzungen	27
a) Günstige Kriminalprognose (§ 59 Abs. 1 Nr. 1 StGB)	27
b) Besondere Umstände (§ 59 Abs. 1 Nr. 2 StGB)	27
c) Verteidigung der Rechtsordnung steht nicht entgegen (§ 59 Abs. 1 Nr. 3 StGB)	29
D. Die Geldstrafe	29
I. Allgemeines	29
1. Ziel des Gesetzgebers	29
2. Anwendungsbereich	30
3. Festsetzung in drei Schritten	30
II. Zahl der Tagessätze	31
III. Höhe eines Tagessatzes	32
1. Rahmen	32
2. Wirtschaftliche Verhältnisse	32
3. Strafrechtlicher Begriff des Nettoeinkommens	33
a) Tatsächliches Nettoeinkommen	33
b) Potentielles Nettoeinkommen	34
4. Vermögen	34
5. Verbindlichkeiten	35
a) Grundsatz	35
b) Unterhaltsverpflichtungen	35
6. Hohe Tagessatzzahl	35
7. „Verschobenes“ Vermögen	36
8. Einzelne Personengruppen	36
IV. Zahlungerleichterungen (§ 42 StGB)	37
1. Von Amts wegen zu prüfen	37
2. Sofortige Entscheidung	38
3. Begründungspflicht	38
4. Nachträgliche Entscheidungen	38
V. Ersatzfreiheitsstrafe (§ 43 StGB)	38
1. Uneinbringlichkeit der Geldstrafe	38
2. Anordnung der Vollstreckungsbehörde	39
3. Tilgung durch freie Arbeit	39
VI. Verfahrensrechtliche Fragen	40
1. Schätzung der Grundlagen für die Tagessatzhöhe	40
2. Anfechtung und Teilrechtskraft	41
3. Verschlechterungsverbot	41
4. Grenzüberschreitende Vollstreckung	42
VII. Gesamtgeldstrafe	42
E. Die Freiheitsstrafe	42
I. Allgemeines	42
1. Lebenslange Freiheitsstrafe	43
2. Zeitige Freiheitsstrafe (§ 38 Abs. 1 StGB)	43
II. Kurzfristige Freiheitsstrafe und Geldstrafe	43
1. Freiheitsstrafe unter sechs Monaten	44
a) Voraussetzungen der Verhängung	44
aa) Zur Einwirkung auf den Täter	44
bb) Zur Verteidigung der Rechtsordnung	45
cc) Besondere Umstände in der Tat oder Persönlichkeit des Täters	45

dd) Unerlässlich	46
ee) Einzelheiten und Kasuistik	46
b) Vollstreckung einer kurzfristigen Freiheitsstrafe	49
2. Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr	49
a) Voraussetzungen der Verhängung	49
b) Vollstreckung einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu einem Jahr ..	50
III. Die Aussetzung der Vollstreckung der Freiheitsstrafe zur Bewährung	50
1. Allgemeines	51
a) Rechtsnatur	51
b) Drei Prüfungsstufen	53
2. Die Voraussetzungen des § 56 StGB im Einzelnen	53
a) Günstige Kriminalprognose (§ 56 Abs. 1 StGB)	53
aa) Prognosemethoden	54
bb) Prognosemaßstab: Wahrscheinlichkeit der Straffreiheit; in dubio pro reo gilt nicht	55
cc) Prognosezeitpunkt	56
dd) Prognosekriterien	56
ee) Überprüfung durch das Revisionsgericht	60
b) Die Verteidigung der Rechtsordnung (§ 56 Abs. 3 StGB)	61
aa) Ausnahmevorschrift	61
bb) Voraussetzungen des § 56 Abs. 3 StGB	61
cc) Fallgruppen	63
dd) Revision	64
c) Die besonderen Umstände nach § 56 Abs. 2 StGB	65
aa) Rechtsentwicklung	65
bb) Heutige Rechtslage	65
cc) Revision	69
3. Die flankierenden Maßnahmen bei der Strafaussetzung (§§ 56a bis d StGB) ..	69
a) „Bewährungsbeschluss“ (§ 268a StPO)	70
b) Bewährungszeit (§ 56a StGB)	70
c) Auflagen (§ 56b StGB)	70
aa) Schadenswiedergutmachung (§ 56b Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StGB)	71
bb) Geldbuße (§ 56b Abs. 2 S. 1 Nr. 2 und 4 StGB)	72
cc) Sonstige gemeinnützige Leistungen (§ 56b Abs. 2 S. 1 Nr. 3 StGB) ..	72
dd) Absehen von Auflagen (§ 56b Abs. 3 StGB)	72
d) Weisungen (§ 56c StGB)	73
aa) Zumutbarkeit (§ 56c Abs. 1 S. 2 StGB)	73
bb) Einzelfälle	73
cc) Absehen von Weisungen (§ 56c Abs. 4 StGB)	75
dd) Bewährungshelfer (§ 56d StGB)	75
4. Nachträgliche Entscheidungen (§ 56e StGB); Überwachung der Bewährung ..	75
a) Voraussetzungen	75
b) Berufungsverfahren	76
c) Überwachung der Bewährung	76
5. Der Widerruf der Strafaussetzung (§ 56f StGB)	77
a) Grundsätze	77
b) Die Widerrufsgründe (§ 56f Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 3 StGB)	77
aa) Neue Straftat (§ 56f Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StGB)	77
bb) Verstoß gegen Weisungen (§ 56f Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StGB)	80
c) Absehen vom Widerruf infolge weiterer Maßnahmen (§ 56f Abs. 2)	81
aa) Weitere Maßnahmen statt Widerruf (§ 56f Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StGB) ...	81
bb) Verlängerung der Bewährungszeit (§ 56f Abs. 2 S. 1 Nr. 2 StGB) ...	81
cc) Zeitpunkt der Entscheidungen nach § 56f StGB	82
6. Straferlass (§ 56g StGB)	83
a) Voraussetzungen des § 56g Abs. 1 StGB	83
b) Wirkung des Straferlasses	83
c) Widerruf des Straferlasses (§ 56g Abs. 2 StGB)	83
7. Verfahrensrechtliche Fragen bei der Strafaussetzung	84
a) Tatsachenfeststellung	84

b) Gerichtshilfe	84
c) Urteilsberatung	84
d) Urteilsformel	84
e) Verfahren bei Widerruf oder bei Maßnahmen nach § 56f Abs. 2 StGB	84
F. Geldstrafe neben Freiheitsstrafe (§ 41 StGB)	85
I. Zweck der Regelung	85
II. Voraussetzungen des § 41 StGB	86
III. „Echte“ Geldstrafe	87
1. „Echte“ Geldstrafe	87
2. Strafzumessung	87
3. Vollstreckung	88
IV. Einzelheiten und Fehlerquellen	88
G. Die Vermögensstrafe (§ 43a StGB)	88
H. Einziehung und Unbrauchbarmachung (§§ 73 ff. StGB)	89
I. Vorbemerkung	89
1. Konzeption des Gesetzgebers	89
2. Überblick	91
a) Die materiell-rechtlichen Institute	91
aa) Abgrenzung von Einziehung und erweiterter Einziehung (jeweils von Taterträgen)	91
bb) Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten	92
cc) Unbrauchbarmachung	92
dd) Jugendstrafrecht	92
b) Prozessuale Sicherstellung	93
II. Einziehung von Taterträgen und deren Wertes	93
1. Einziehung von Taterträgen bei Beteiligten (§ 73 StGB)	93
a) Voraussetzungen dieser Einziehungsform	93
aa) „Etwas“	94
bb) Erlangt	95
cc) Durch oder für eine rechtswidrige Tat	98
dd) Bruttoprinzip	101
ee) Erloschener Anspruch (§ 73e Abs. 1 StGB)	101
b) Nutzungen und Surrogate (§ 73 Abs. 2 und 3 StGB)	102
2. Einziehung von Taterträgen bei anderen (§ 73b StGB)	103
3. Einziehung des Wertes von Taterträgen (§ 73c StGB)	105
a) Wert von Taterträgen	105
b) Geringfügige Einschränkung des Bruttoprinzips	106
c) Erloschener Anspruch (insbesondere § 73e Abs. 1 StGB)	108
III. Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Beteiligten (§ 73a StGB)	109
1. Zweck der Vorschrift	109
2. Voraussetzungen der erweiterten Einziehung (§ 73a StGB)	110
IV. Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten (§ 74 ff. StGB)	111
1. Voraussetzungen der Einziehung bei Beteiligten (§ 74 StGB)	112
a) Producta et instrumenta sceleris	112
aa) Producta sceleris	112
bb) Instrumenta sceleris	113
b) Eigentumsverhältnisse	115
c) Gegenstand des Verfahrens	116
2. Ermessensentscheidung und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (§ 74f StGB)	116
3. Einziehung des Wertes von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten bei Beteiligten (§ 74c StGB)	119
4. Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten bei anderen (§ 74a StGB)	120
5. Einziehung von Verkörperungen eines Inhalts und Unbrauchbarmachung (§ 74d StGB)	120
V. Verfahrensrechtliche Besonderheiten	120
1. Einziehung nur wegen der verfahrensgegenständlichen Tat	120

2. Keine Einziehung, soweit nach den §§ 154, 154a StPO verfahren wurde	121
3. Rechte Dritter	121
4. Absehen von der Einziehung (§ 421 StPO)	121
5. Abtrennung des Verfahrens über die Einziehung (§ 422 StPO)	123
6. Hinweispflicht bei in Betracht kommender Einziehungsentscheidung (§ 265 Abs. 2 Nr. 1 StPO)	123
7. Sicherungsverfahren (§§ 413 ff. StPO)	123
8. Selbständiges Verfahren (§§ 76a StGB; 435 ff. StPO)	124
9. Schätzung (§ 73d Abs. 2 StGB)	126
10. Urteilsformel und -gründe	127
a) Formel	127
b) Urteilsgründe	129
11. Nachträgliche Anordnung der Wertersatzeinziehung (§ 76 StGB)	130
12. Wirkung der Einziehung (§ 75 StGB)	130
a) Einziehung des Erlangten	130
b) Einziehung des „Wertersatzes“	131
I. Das Fahrverbot (§ 44 StGB)	131
I. Rechtsnatur	131
II. Voraussetzungen	132
III. Dauer des Fahrverbots	133
IV. Verfahrensfragen	134
1. Hinweis nach § 265 StPO	134
2. Beschränkung des Rechtsmittels – Verschlechterungsverbot	135
3. Vollstreckung mehrerer Fahrverbote	135
Teil 3. Maßregeln der Besserung und Sicherung	137
A. Überblick	137
I. Wesen und Zweck	137
1. Zweispurigkeit	137
2. Gliederung der Vorschriften	138
3. Voraussetzungen	138
II. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	139
1. Bedeutung	139
2. Teilgebote	139
a) Geeignetheit	140
b) Erforderlichkeit	140
c) Übermaßverbot	140
3. Einzelkriterien	141
a) Bedeutung der begangenen Taten	141
b) Bedeutung der zu erwartenden Taten	141
c) Grad der Gefahr	142
4. Gesamtabwägung	143
B. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB)	144
I. Zweck	144
II. Voraussetzungen	145
1. Anlasstat	145
2. Zustand der Schuldunfähigkeit oder der verminderten Schuldfähigkeit	147
a) Dauer des Zustandes	148
b) Feststellungswahrscheinlichkeit	149
c) Fallgestaltungen	150
3. Symptomatischer Zusammenhang	150
4. Gefährlichkeit infolge des Zustandes	153
a) Erhebliche rechtswidrige Taten	153
b) Symptomatischer Zusammenhang	160
c) Gefahr für die Allgemeinheit	161
d) Gesamtwürdigung/Prognosemaßstab	162
5. Verhältnismäßigkeit	168

III. Rechtsfolgen	171
1. Zwingend	171
2. Bewährung	171
3. Verbindung von Maßregeln/Verhältnis zu §§ 64, 66 StGB	171
4. Mehrfache Anordnung des § 63 StGB	173
5. Vollstreckungsreihenfolge	174
6. Auswirkungen auf die Strafzumessung	174
IV. Verfahrensfragen	176
1. Sachverständigengutachten	176
2. Sicherungsverfahren	177
3. Vollstreckung und Überprüfung	178
C. Unterbringung in einer Entziehungsanstalt (§ 64 StGB)	179
I. Wesen und Zweck	179
II. Voraussetzungen	182
1. Hang zum Rauschmittelmissbrauch	182
a) Berauschede Mittel	182
b) Übermaß	182
c) Hang	183
2. Anlasstat	185
3. Überwiegender symptomatischer Zusammenhang	185
4. Gefährlichkeit	188
5. Erfolgsaussicht	190
6. Verhältnismäßigkeit	198
III. Rechtsfolgen	199
1. Soll-Vorschrift	199
2. Absehen in Ausnahmefällen	199
3. Vollstreckungsreihenfolge/Vorwegvollzug	203
4. Verbindung von Maßregeln/Verhältnis zu §§ 63, 66 StGB	204
5. Auswirkungen auf die Strafzumessung	205
IV. Verfahrensfragen und Vollstreckung	207
D. Unterbringung in der Sicherungsverwahrung (§§ 66, 66a, 66b StGB)	209
I. Zweck	209
II. Entwicklung	209
III. In §§ 66, 66a, 66b StGB vorgesehene Varianten und ihre Voraussetzungen	211
1. § 66 Abs. 1 StGB – Der mehrfach vorbestrafte Täter	211
a) Anlasstat	211
b) Vorverurteilungen	211
c) Vorverbüßung	212
d) Hang	212
e) Gefährlichkeit	214
f) Symptomatischer Zusammenhang	216
g) Verhältnismäßigkeit	217
h) Rechtsfolge	217
i) Auswirkungen auf die Strafzumessung	217
2. § 66 Abs. 2 StGB – Dreifachtäter ohne Vorstrafen	218
3. § 66 Abs. 3 S. 1 StGB – Der einmalig vorbestrafte Täter	220
4. § 66 Abs. 3 S. 2 StGB – Der nicht vorbestrafte Zweifachtäter	220
5. § 66a Abs. 1 StGB – Vorbehalt bei Mehrfachtätern	221
a) Anlasstat	221
b) Zweitdelikt	221
c) Hang	222
d) Gefährlichkeit	222
e) Symptomatischer Zusammenhang, Verhältnismäßigkeit	222
f) Rechtsfolgen	222
6. § 66a Abs. 2 StGB – Vorbehalt bei Ersttätern	223
7. § 66b StGB – nachträgliche Sicherungsverwahrung	224
IV. Übergangsrecht	224
V. Verfahrensfragen und Vollstreckung	226

E. Führungsaufsicht (§§ 68–68g StGB)	227
I. Zweck	227
II. Voraussetzungen der gerichtlich angeordneten Führungsaufsicht	228
III. Rechtsfolgen	228
1. Ermessen	228
2. Ausgestaltung	228
F. Das Berufsverbot (§§ 70 ff. StGB)	231
I. Rechtsnatur und Zweck	231
II. Materiell-rechtliche Voraussetzungen für die Anordnung	232
1. Voraussetzungen für die Anordnung eines Berufsverbotes	232
a) Anlasstat	232
b) Berufsbezug der Anlasstat	232
aa) Missbrauch des Berufs oder Gewerbes	232
bb) Grobe Verletzung beruflicher oder gewerblicher Pflichten	233
cc) Tatsächliche Ausübung des Berufs oder Gewerbes	234
c) Gefährlichkeitsprognose	235
2. Verhältnismäßigkeit der Anordnung des Berufsverbotes	236
a) Erforderlichkeit des Berufsverbots	236
b) Umfang des Berufsverbots	237
c) Dauer des Berufsverbots	237
III. Verfahrensrechtliche Gesichtspunkte	238
1. Urteilsfassung	238
2. Vorläufiges Berufsverbot	239
3. Ende des Berufsverbotes	239
G. Die Entziehung der Fahrerlaubnis (§§ 69 ff. StGB)	239
I. Rechtsnatur	239
II. Voraussetzungen	240
1. Anlasstat	240
a) Rechtswidrige Tat	240
b) Bezug zum Straßenverkehr	240
2. Ungeeignetheit zum Führen von Kraftfahrzeugen	241
a) Aus der Tat	241
b) Gesetzliche Regelfälle (§ 69 Abs. 2 StGB)	241
c) Sonstige Fälle	242
d) Gesamtabwägung	243
III. Inhalt der Maßregel	244
1. Entziehung der Fahrerlaubnis	244
2. Bestimmung einer Sperre	245
a) Sperre für neue Fahrerlaubnis	245
b) Dauer der Sperre	245
aa) Zeitlicher Rahmen für die Sperre	245
bb) Konkrete Bemessung der Sperrfrist	246
3. Beschränkung der Sperre auf bestimmte Kraftfahrzeugarten	247
4. Berechnung der Sperrfrist	247
5. Mehrere Sperrfristen	247
6. Vorzeitige Aufhebung der Sperre	247
7. Wiedererteilung der Fahrerlaubnis durch Verwaltungsbehörde	248
Teil 4. Die strafzumessungserheblichen Umstände	249
A. Überblick	249
B. Die Strafzumessungsschuld	249
I. Überblick	249
1. Grundlagenformel in § 46 Abs. 1 StGB	249
2. Zwei Komponenten der Strafzumessungsschuld bei der Tatbestandsverwirklichung	250
3. Folgen der Tat, Vor- und Nachtatverhalten	252
4. Gliederungsschema zur Prüfung der Strafzumessungsschuld	252

II. Einzelne Faktoren	253
1. Erfolgswert	253
a) Tatbestandsmäßige Rechtsgutverletzung	253
aa) Quantitative und qualitative Abstufungen	253
bb) Mitverursachung – Schadensbeseitigung	256
b) Außertatbestandsmäßige Folgen	257
aa) Vom Schutzbereich der Norm erfasste Tatfolgen	259
bb) Vom Schutzbereich der Norm nicht erfasste Tatfolgen	260
c) Mehrere Tatbeteiligte	261
2. Handlungswert	261
a) Psychische Faktoren beim Täter	261
aa) Verminderung der Einsichts- oder Steuerungsfähigkeit	261
bb) Beweggründe und Ziele	262
cc) Die Gesinnung, die aus der Tat spricht	264
dd) Der bei der Tat aufgewendete Wille	264
b) Das Maß der Pflichtwidrigkeit	267
c) Art der Ausführung der Tat	269
aa) Tötungs- und Körperverletzungsdelikte	270
bb) Andere Delikte	271
d) Mehrere Tatbeteiligte	272
3. Vor- und Nachtatverhalten	272
a) „Vorgeschichte“ der Tat	273
aa) Konflikttaten	273
bb) Beziehungstaten	273
cc) Mit erheblich verminderter Schuld begangene Taten	273
b) Sonstiges Verhalten vor der Tat	274
aa) Straffreiheit, sonstiges Vorleben	274
bb) Frühere Straftaten und frühere Warnungen des Angeklagten	275
c) Nachtatverhalten	285
aa) Vernichten von Tatspuren; Beutesicherung; Nachtrunk	285
bb) Das Verhalten im Verfahren	286
cc) Schadenswiedergutmachung und Täter-Opfer-Ausgleich	292
dd) Neue Straftaten	295
ee) Stabilisierung der Lebensverhältnisse	295
III. Das Doppelterwertungsverbot	295
1. Tatbestandsmerkmale	296
a) Gesetzliche Tatbestandsmerkmale	296
b) Sonstige unrechts- und schuldbe gründende Merkmale	303
2. Strafraumenbestimmende Umstände	303
a) Besonders schwere und minder schwere Fälle	303
aa) Regelbeispiele der besonders schweren Fälle	303
bb) Nicht umschriebene besonders schwere und minder schwere Fälle	304
b) Vertypete Milderungsgründe	304
3. Der Regelungsgrund	305
4. Regelmäßige Tatfolgen oder Verhaltensweisen	306
a) Praxisrelevantes Problem	306
b) BGHSt 37, 153: Kein normativer Normalfall	306
c) Entwicklung seit BGHSt 37, 153	307
C. Gerechter Schuldausgleich	310
I. Problem	310
1. Der Gedanke der Opfergleichheit (Belastungsgleichheit)	310
2. Prüfungsschema	311
II. Die einzelnen Faktoren	311
1. Die Wirkungen der Strafe	311
a) Besondere Strafempfindlichkeit	312
b) Gesamtschau des Gewichts aller Reaktionen	314
aa) Einziehung von Gegenständen	315

bb) Kumulative Geldstrafe	315
cc) Gesamtstrafe aus Geldstrafe und Freiheitsstrafe	316
2. Die Folgen der Tat für den Täter	316
a) Absehen von Strafe nach § 60 StGB	316
b) Allgemeiner Strafzumessungsgrundsatz	318
3. Die Wirkungen des Verfahrens	321
a) Grundsatz	321
b) Lange Verfahrensdauer: Strafmilderung oder Entschädigung?	323
aa) Großer zeitlicher Abstand zwischen Tat und Urteil	324
bb) Lange Verfahrensdauer	324
cc) Rechtsstaatswidrige (konventionswidrige) Verfahrensdauer (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 3 GG; Art. 6 MRK) – überlange Untersuchungshaft (Art. 5 MRK)	325
c) Übertragung der Vollstreckungslösung auf andere Konstellationen?	347
D. Die Prävention	348
I. Gesetzliche Regelung	348
1. §§ 46, 47, 56, 59 StGB	348
2. Konsequenzen	349
II. Die Stellungnahme der Literatur und der Rechtsprechung	349
1. Die Generalprävention	349
2. Die Spezialprävention	350
E. Schuld und Prävention bei der Strafzumessung	
– Ausgleich der Strafzwecke –	351
I. Problem	351
II. Strafzumessungstheorien	352
1. Schuldangemessene Strafe ist Obergrenze	352
a) Sicherungsgedanke	352
b) Würde des Menschen	352
2. Unterschreiten der schuldangemessenen Strafe	353
a) Stellenwerttheorie	353
b) Strafzumessung als sozialer Gestaltungsakt	353
c) Lackner, Roxin, Frisch	353
d) Spielraumtheorie	354
III. Zulässige präventive Überlegungen	360
1. Generalprävention	360
a) Abschreckung	360
aa) Nur im Rahmen des Schuldangemessenen	360
bb) Schärfung muss geeignet und erforderlich sein	360
b) Integrationsprävention	361
aa) Schärfend?	362
bb) Mildernd	362
2. Spezialprävention	370
a) Schärfend	370
b) Strafmildernd	370
3. Übersicht über die zulässigen präventiven Erwägungen	371
F. Der Gedanke der Gleichbehandlung	372
I. Der Grundsatz	372
II. Mehrere Tatbeteiligte	372
III. Strafpraxis anderer Gerichte	375
IV. Straftaxen	375
Teil 5. Der Vorgang der Strafzumessung	377
A. Überblick	377
I. Drei Schritte	377
1. Erster Schritt: Der gesetzliche Strafrahmen	377
a) Kompliziertes System	377
b) Gesamt abwägung bei Wertungen	377

2. Zweiter Schritt: Die Einordnung der Tat in den Strafraumen	378
3. Dritter Schritt: Präventive Überlegungen	379
II. Reihenfolge der drei Schritte	379
B. Der gesetzliche Strafraumen	380
I. Verschiedene Arten	380
1. Tateinheit	380
2. Gesamtstrafe	380
3. Normalstrafrahmen und Strafraumenverschiebungen	380
a) Besondere gesetzliche Milderungsgründe	381
aa) § 49 Abs. 1 StGB	382
bb) § 49 Abs. 2 StGB	382
b) Besonders schwere und minder schwere Fälle	382
II. Strafraumen bei Tateinheit und Gesetzeskonkurrenz	382
1. Tateinheit	382
a) Strafraumen	382
b) Besonderheiten bei der Strafzumessung bei Tateinheit	384
aa) Tateinheit wirkt regelmäßig strafschärfend	384
bb) Nicht schärfend	384
2. Gesetzeskonkurrenz	385
a) Strafraumen	385
b) Besonderheiten bei der Strafzumessung bei Gesetzeskonkurrenz	385
III. Vertypte Milderungsgründe des Allgemeinen Teils, § 49 Abs. 1 StGB	386
1. Möglichkeiten der Strafraumenbildung	386
2. Der Strafraumen des § 49 Abs. 1 StGB	386
a) Strafraumen	386
b) Kriterien bei fakultativer Strafraumenverschiebung	388
3. Verhältnis der vertypten Milderungsgründe zum minder schweren oder besonders schweren Fall	390
a) Vertypter Milderungsgrund und minder schwerer Fall	390
b) Vertypter Milderungsgrund und besonders schwerer Fall	391
4. Wahl des Strafraumens	391
a) Problem	391
b) Gesamtwürdigung	392
5. Einzelfälle: Fakultative Strafraumenverschiebungen	393
a) Unterlassen (§ 13 Abs. 2 StGB)	393
b) Verbotsirrtum (§ 17 StGB)	395
c) Erheblich verminderte Schuld (§ 21 StGB)	396
aa) Voraussetzungen im Allgemeinen	396
bb) Alkohol	405
cc) Betäubungsmittel	412
dd) Der Affekt	415
ee) Triebanomalien	418
ff) Nicht stoffgebundene Abhängigkeiten	422
gg) Persönlichkeitsstörungen	424
hh) Rechtsfolgen erheblich verminderter Schuld	428
d) Versuch (§ 23 StGB)	434
e) Täter-Opfer-Ausgleich und Schadenswiedergutmachung (§ 46a StGB)	438
aa) § 46a Nr. 1 StGB – Täter-Opfer-Ausgleich	440
bb) § 46a Nr. 2 StGB – Schadenswiedergutmachung	444
cc) Rechtsfolgen	445
f) Hilfe zur Aufklärung oder Verhinderung von schweren Straftaten (§ 46b StGB)	446
aa) Tatbestandliche Voraussetzungen	447
bb) Rechtsfolgenentscheidung	455
cc) Aufklärungs- und Präventionshilfe als allgemeiner Milderungsgrund	457
dd) Überprüfung durch das Revisionsgericht	457
6. Einzelfälle: Zwingende Strafraumenverschiebungen	458
a) Besondere persönliche Merkmale (§ 28 StGB)	458

aa) Gesetzliche Regelung	458
bb) Strafbegründende Merkmale (§ 28 Abs. 1 StGB)	460
cc) Strafündernde Merkmale (§ 28 Abs. 2 StGB)	462
b) Beihilfe (§ 27 StGB)	463
aa) Besondere persönliche Merkmale	464
bb) Minder schwere und besonders schwere Fälle	464
cc) Prüfungsschema	465
c) Versuch der Beteiligung, Verbrechensverabredung (§ 30 StGB)	466
IV. Besondere Irrtumsfälle und tätige Reue, § 49 Abs. 2 StGB	467
1. Anwendungsbereich	467
2. Der Strafraumen des § 49 Abs. 2 StGB	468
3. Vier Möglichkeiten der Strafraumenbildung	468
V. Minder schwere und besonders schwere Fälle	468
a) Der Strafraumen der minder schweren Fälle	470
b) Voraussetzungen der minder schweren Fälle	470
aa) Minder schwere Fälle der Tatbegehung oder der Strafwürdigkeit	471
bb) Bundesgerichtshof	472
(1) Gesamtabwägung	472
(2) Besonderheiten bei vertypten Milderungsgründen	474
cc) Maßgebliche Umstände	474
(1) Vertypte Milderungsgründe	474
(2) Vertypte Milderungsgründe zusammen mit anderen Milderungsgründen	474
(3) Allgemeine Milderungsgründe	475
(4) Zusammentreffen von Milderungsgründen	476
(5) Mehrere Tatbeteiligte	478
c) Sonderstrafrahmen und Strafzumessung	478
aa) Größerer Einfluss präventiver Gesichtspunkte	479
bb) Keine einheitlichen Voraussetzungen für minder schwere Fälle	480
d) Besonders schwere Fälle	480
aa) Nicht umschriebene besonders schwere Fälle	480
(1) Anwendungsbereich	480
(2) Voraussetzungen	480
bb) Zwingende, aber nicht abschließende Beispiele besonders schwerer Fälle	481
cc) Durch Regelbeispiele umschriebene besonders schwere Fälle	482
(1) Anwendungsbereich	482
(2) Voraussetzungen	482
dd) Versuch und Teilnahme bei besonders schweren Fällen	485
VI. Mehrfache Milderungen – Zusammentreffen von Milderungen und Schärfungen	485
1. Verbot der Doppelverwertung bei vertypten Milderungsgründen, § 50 StGB	485
2. Häufung von Milderungsgründen	486
3. Zusammentreffen von Schärfungen und Milderungen	487
C. Die Strafhöhenbestimmung: „Der Spielraum“	488
I. Maßgebliche Umstände	488
1. Strafzumessungsschuld und Schuldausgleich	488
2. Besonderheiten bei der Strafraumenverschiebung	488
3. Besonderheiten bei unbenannten Änderungen	489
4. Fehlen von Milderungsgründen	489
5. Fehlen von Strafschärfungsgründen	490
II. Die Abwägung	491
1. Problem	491
2. Ausgangspunkt ist der gesetzliche Strafraumen	491
3. Kriterien für die Einordnung der Tat in den Strafraumen	493
a) Bruns	493
b) Mösl und Theune	494
c) Pönometrie	494
d) Horn	494
e) Foth	495

f) Der Lösungsansatz des Großen Senats	495
g) Das „Gesamtbild“	496
aa) Abwägung der Strafzumessungsschuld	496
bb) Abwägung der Folgen der Tat und der Strafe	498
D. Vom Spielraum zur Festlegung der Strafe	499
I. Strafhöhe	499
II. Die Wahl der Strafart	499
1. Gesetzliche Vorgabe	499
2. Überblick	500
a) Freiheitsstrafe bis sechs Monate	500
b) Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis ein Jahr	500
c) Freiheitsstrafe über ein Jahr	500
d) Strafaussetzung zur Bewährung	500
Teil 6. Die Gesamtstrafe	503
A. Normalfall: Bildung der Gesamtstrafe nach § 53 StGB	503
I. Problem	503
II. Grundsatz	503
1. Mehrere Strafen	503
2. Nachträgliche Gesamtstrafenbildung	504
III. Die Bildung der Gesamtstrafe	504
1. Selbständiger Strafzumessungsvorgang	504
2. Strafrahmen der Gesamtstrafe	504
3. Kriterien für die Bemessung der Gesamtstrafe	505
a) Verhältnis der Straftaten zueinander	507
b) Persönlichkeit des Täters	510
c) Verfahrensdauer	510
d) Rechenformel	511
e) Sonderfälle	511
f) Zusammentreffen von Geldstrafe und Freiheitsstrafe	512
4. Nebenstrafen, Nebenfolgen und Maßnahmen	514
5. Jugendstrafe	514
6. Urteilsformel und Urteilsgründe	514
B. Die nachträgliche Gesamtstrafenbildung (§ 55 StGB)	514
I. Problem	514
II. Voraussetzungen	515
1. Tat vor früherer Verurteilung	519
2. Rechtskraft der früheren Verurteilung	520
3. Frühere Gesamtstrafe	521
4. Frühere Strafe darf noch nicht vollständig erledigt sein	522
5. Mehrere Vorverurteilungen	525
a) Zäsurwirkung von Vorverurteilungen	525
aa) Grundsatz	525
bb) Härteausgleich in Zäsurfällen	526
b) Ausnahme: keine Zäsurwirkung erledigter Vorverurteilungen	528
III. Kriterien für die nachträgliche Gesamtstrafenbildung	530
1. Grundsatz	530
2. Wertungswiderspruch	530
3. Strafaussetzung zur Bewährung	531
a) Grundsatz: das neue Gericht entscheidet	531
b) Anrechnungsprobleme	532
aa) Nach Strafaussetzung	532
bb) Nach Teilvollstreckung	533
4. Nachträgliche Gesamtgeldstrafe bei unterschiedlicher Tagessatzhöhe	533
5. Früher verhängte Nebenstrafen, Nebenfolgen und Maßregeln	534
IV. Verfahren nach § 460 StPO	537
1. Grundsatz: Im Urteil	537
2. Voraussetzungen und Kriterien	538

3. Verfahren	538
4. Bearbeitungsbeispiel	538
V. Urteilsformel und Urteilsgründe zur nachträglichen Gesamtstrafenbildung	540
Teil 7. Die Feststellung der strafzumessungserheblichen Tatsachen	541
A. Grundsätze	541
I. Strengbeweis	541
1. Beweismittel	543
a) Der Angeklagte, Zeugen, frühere Urteile	543
b) Gerichtshilfe	544
c) Bundeszentralregister und Fahreignungsregister	545
d) Strafurteile	545
e) Sonstige Urkunden	546
2. Aufklärungspflicht	546
II. In dubio pro reo	547
1. Tatsachen	547
2. Prognose	549
3. Schätzung	549
B. Teilrechtskraft und innerprozessuale Bindungswirkung	552
I. Problem	552
1. Teilanfechtung und Teilaufhebung – Gesetzliche Regelung	552
a) Gesetzliche Regelung	553
b) Vertikale und horizontale Teilrechtskraft	553
aa) Vertikale Teilrechtskraft	553
bb) Horizontale Teilrechtskraft	554
c) Beschränkungserklärung	554
2. Beispiele zur Teilanfechtung und Teilaufhebung	555
3. Gerechtigkeitsprobleme	556
4. Problemfelder	557
II. Teilanfechtung und Teilaufhebung	557
1. Verurteilung wegen mehrerer Taten im prozessrechtlichen Sinne	558
2. Verurteilung wegen einer Tat im prozessualen Sinne	559
a) Trennbarkeit	559
b) Widerspruchsfreiheit	561
c) Grenzen der Trennbarkeit	563
aa) Teilanfechtung des Schuldspruchs bei mehreren Taten im materiellrechtlichen Sinne innerhalb einer Tat im Sinne des § 264 StPO	563
bb) Unteilbarkeit des Schuldspruchs	564
cc) Wechselwirkung	565
dd) Unzureichende Feststellungen zu in der Denkfolge vorrangigen Entscheidungspunkten	566
ee) Angriffe des Beschwerdeführers gegen Erwägungen und Feststellungen in der Denkfolge vorrangiger Punkte	567
ff) Enge Verknüpfung zwischen verschiedenen Urteilsteilen, insbesondere zwischen Schuldspruch und Strafzumessung	567
gg) Teilanfechtung von Feststellungen	568
3. Auslegung	570
4. Wirksamkeit der Rechtsmittelbeschränkung	572
5. Exkurs: Teilanfechtung innerhalb des Rechtsfolgenausspruchs	573
a) Teilanfechtung innerhalb des Strafausspruchs	575
b) Besondere Schwere der Schuld (§ 57a StGB)	577
c) Maßregeln der Besserung und Sicherung (§§ 61 ff. StGB)	578
aa) Entziehung der Fahrerlaubnis (§§ 69, 69a StGB) und Berufsverbot (§ 70 StGB)	580
bb) Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus nach § 63 StGB	580
d) Unterbringung in einer Entziehungsanstalt nach § 64 StGB	586
e) Vorwegvollzug der Maßregel oder Strafe bei Unterbringung nach §§ 63 und 64 StGB	590

f) Sicherungsverwahrung (§ 66 StGB), vorbehaltene Sicherungsverwahrung (§ 66a StGB)	590
g) Einziehung nach §§ 73 ff., 74 ff. StGB	592
h) Kompensation einer rechtsstaatswidrigen Verfahrensverzögerung	593
i) Im Ausland erlittene Untersuchungshaft	594
III. Teilaufhebung	594
1. Grundsatz	594
2. Besonderheiten für das Revisionsverfahren	595
a) Trennbarkeit	595
b) Schuldumfang	595
c) Aufhebung von Feststellungen	595
d) Formel des Revisionsgerichts	599
IV. Innerprozessuale Bindungswirkung	600
1. Problem	600
2. Vertikale Teilrechtskraft	601
a) Verschiedene Taten im Sinne des § 264 StPO	601
aa) Ein Angeklagter; mehrere Taten; Feststellungen zu den persönlichen Verhältnissen	602
bb) Ein Angeklagter; mehrere Taten; Feststellungen zur Schuldfrage	602
cc) Mehrere Angeklagte, beteiligt an derselben Tat, Feststellungen zur Schuldfrage	603
b) Sachlich-rechtlich selbständige Straftaten innerhalb eines Prozessgegenstands	603
3. Horizontale Teilrechtskraft	603
a) Grundsatz	603
b) Einzelheiten	606
aa) Gesetzliche Merkmale	606
bb) Geschichtlicher Vorgang	606
cc) Schuldumfang	609
dd) Indizien	609
ee) Keine Bindung	609
ff) Sonderfall Strafrahmenverschiebungen: Erheblich verminderte Schuld und besonders schwere und minder schwere Fälle	609
Teil 8. Die Strafzumessung in den Urteilsgründen	615
A. Überblick	615
I. Tatsachen und ihre Bewertung	615
1. Allgemeines	615
2. Anforderungen an den Inhalt der Urteilsgründe	615
3. Rechtskräftige Urteile	615
II. Verfahrensrechtliche Anforderungen	616
1. „Bestimmende“ Umstände	616
2. Weitere verfahrensrechtliche Begründungspflichten	617
a) Regel-Ausnahme-Bestimmungen	617
b) Revision	617
III. Sachlich-rechtliche Begründungspflicht	618
B. Der Aufbau der Begründung der Strafzumessung	620
I. Ausgangspunkt	620
1. Feststellung von Tatsachen	620
2. Beweiswürdigung	620
3. Bewertung der Tatsachen	621
II. Aufbauschema	622
1. Keine feste Regel	622
2. Üblicher Urteilsaufbau	622
III. Bezugnahmen	623
1. Grundsatz: geschlossene Darstellung – keine Bezugnahmen	623

2. Ausnahme: Berufungsurteile	623
a) Feststellungen: Bezugnahmen in Grenzen zulässig	623
b) Erwägungen: Bezugnahmen unzulässig	624
3. Teilrechtskraft	624
a) Problem	624
b) Darstellung in den Gründen	624
C. Die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten	625
I. Grundsatz	625
II. Das Vorleben des Täters und sein Verhalten nach der Tat	626
1. Die persönliche Entwicklung	626
2. Die berufliche Entwicklung	627
3. Vorstrafen	627
4. Das Verhalten nach der Tat	629
5. Die Auswirkungen des Verfahrens und der Strafe	630
6. Sonderfall: Schuldunfähigkeit oder erheblich verminderte Schuldfähigkeit	630
D. Die strafzumessungserheblichen Umstände der Tatbegehung	631
E. Der Abschnitt „Strafzumessung“ in den Urteilsgründen	632
I. Aufbau	632
1. Bei Aburteilung Tat	632
2. Bei mehreren Taten	633
II. Die Bestimmung des gesetzlichen Strafrahmens	634
1. Idealkonkurrenz	634
2. Vertypte Milderungsgründe	634
a) Zwingende Strafrahmenverschiebung	635
b) Fakultative Strafrahmenverschiebung	635
aa) Grundsatz	635
bb) Verminderte Schuldfähigkeit	635
cc) Täter-Opfer-Ausgleich, Schadenswiedergutmachung	642
3. Besonders schwere und minder schwere Fälle	642
a) Besonders schwere Fälle mit Regelbeispielen	642
b) Besonders schwere Fälle ohne Regelbeispiele	643
c) Minder schwere Fälle	643
4. Mehrfache Milderungen – Zusammentreffen von Milderungen und Schärfungen	644
III. Strafhöhenbestimmung	644
1. Überblick	644
a) Aufbau	644
b) Begründungsumfang	645
2. Schuldangemessene Strafe	646
a) Strafzumessungsschuld	646
b) Gerechter Schuldausgleich	647
3. Präventive Überlegungen	647
IV. Einzelfälle	647
1. Geldstrafe (§ 40 StGB)	647
a) Urteilsformel	647
b) Urteilsgründe	648
2. Verwarnung mit Strafvorbehalt (§§ 59 bis 59c StGB)	649
a) Urteilsformel	649
b) Urteilsgründe	649
3. Kurze Freiheitsstrafe (§ 47 StGB)	649
4. Strafaussetzung zur Bewährung (§ 56 StGB)	650
a) Urteilsformel	650
b) Urteilsgründe	650
5. Gesamtstrafe (§§ 53 ff. StGB)	653
a) Urteilsformel	653
b) Urteilsgründe	654

aa) Allgemeines	654
bb) Serientaten	656
6. Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 69 StGB)	657
a) Urteilsformel	657
b) Urteilsgründe	657
7. Unterbringung (freiheitsentziehende Maßnahmen gemäß §§ 61 ff. StGB)	657
a) Urteilsformel	657
b) Urteilsgründe	659
aa) Psychiatrisches Krankenhaus	659
bb) Entziehungsanstalt	663
cc) Sicherungsverwahrung	665
8. Einziehung (§§ 73 ff. StGB)	667
a) Urteilsformel	667
b) Urteilsgründe	667
9. Besondere Schwere der Schuld (§ 57a StGB)	668
a) Urteilsformel	668
b) Urteilsgründe	669
10. Kompensation rechtsstaatswidriger Verfahrensverzögerung	671
a) Urteilsformel	671
b) Urteilsgründe	672
11. Betäubungsmittelstraftaten	672
a) Urteilsformel	672
b) Urteilsgründe	673

Teil 9. Die Revisibilität der Strafzumessung und die Entscheidung des Revisionsgerichts

A. Strafzumessung ist Rechtsanwendung	675
I. Sachlich-rechtliche Vorgaben	677
II. Verfahrensrechtliche Vorgaben	679
1. Bezeichnung der bestimmenden Umstände im Urteil und besondere Begründungspflichten nach § 267 Abs. 2 und 3 StPO	679
2. Die Begründungspflichten nach § 267 Abs. 2 und 3 StPO sind der Sache nach Erörterungspflichten	679
B. Prüfungsumfang des Revisionsgerichts	680
I. Umfang der Anfechtung	680
1. Revisionsanträge	681
2. Revisionsbegründung	682
II. Verfahrensvoraussetzungen und Verfahrenshindernisse	683
1. Prüfung von Amts wegen	683
a) Von Amts wegen	683
b) Voraussetzung: zulässige Revision	683
2. Folge: Einstellung	684
3. Teilrechtskraft	684
4. Sonderfall: Schwerwiegende Verstöße gegen die Rechtstaatlichkeit des Verfahrens: Verfahrensdauer und Tatprovokation	685
III. Inhaltliche Prüfung: Verfahrensrüge und Sachrüge	689
1. Abgrenzung der beiden Rügearten	689
2. Verfahrensrüge	691
a) Keine allgemeine Verfahrensrüge	691
b) Zwei Komponenten der Verfahrensrüge	691
aa) Bestimmte Behauptung des Verfahrensfehlers	691
bb) Vollständiger Vortrag der den Verfahrensfehler begründenden Tatsachen	691
cc) Klarheit über den Verfahrensfehler	692
c) Verfahrensrüge im Einzelnen	693
aa) Absolute Revisionsgründe	694
bb) Relative Revisionsgründe	695
3. Sachrüge	697

4. Beispiele:	698
5. Sachrüge im Einzelnen	698
a) Strafraumen	700
aa) Zwingende Strafraumenverschiebung	700
bb) Fakultative Strafraumenverschiebung	700
cc) Regelbeispiel	701
dd) Konkurrieren von Milderungsgründen oder Erschwerungsgründen	701
ee) Abwägungskriterien.	701
b) Strafhöhenbemessung	701
c) Präventionsentscheidungen	702
d) Maßregeln, Nebenstrafen und Nebenfolgen	703
e) Anrechnung der Untersuchungshaft	703
f) Kompensationsentscheidung bei rechtstaatswidriger (konventionswidriger) Verfahrensverzögerung oder Tatprovokation	703
C. Begründetheit der Revision	704
I. Rechtsfehler	704
1. Fehler des Gerichts	704
2. Fehlerarten	704
II. Beruhen auf dem Rechtsfehler	705
1. Grundsatz	705
2. Abgrenzung: Beruhen – Sachentscheidung des Revisionsgerichts	707
3. Beruhensprüfung bei den verschiedenen Rechtsfehlern	708
a) Verfahrensfehler	708
b) Sachlich-rechtliche Fehler	713
aa) Strafzumessungsumstände	713
bb) Eingriffe des Revisionsgerichts in den Schuldspruch	715
III. Nachteiliger Rechtsfehler; „Beschwer“ und Verschlechterungsverbot	715
1. Revision des Angeklagten	715
a) Verbot der reformatio in peius gilt nur für die Rechtsfolgen	715
b) Verbot der reformatio in peius gilt nicht für den Schuldspruch	720
2. Revision der Staatsanwaltschaft zu Ungunsten des Angeklagten	721
3. Revision des Angeklagten und Revision der Staatsanwaltschaft zu dessen Ungunsten	721
D. Die Entscheidung des Revisionsgerichts – Überblick	722
I. Einstellungen wegen Verfahrenshindernissen oder aus Gründen der Opportunität	722
1. Verfahrenshindernisse	722
a) Mehrere Tatbestandsverwirklichungen innerhalb einer Tat im prozessualen Sinne	722
b) Mehrere Taten im prozessualen Sinne	722
c) Folgen für den Rechtsfolgenausspruch	723
2. Opportunität	723
a) Grundsatz	723
b) Folgen für den Rechtsfolgenausspruch	723
II. Verwerfung der Revision oder Aufhebung des angefochtenen Urteils und neue Sachentscheidung	724
E. Aufhebung	724
I. Grundsatz	724
II. Einzelheiten zur Urteilsaufhebung	725
1. Rechtsfehler beim Schuldspruch	725
a) Schuldspruchänderung	725
b) Fehler berührt nur den Schuldumfang	726
2. Rechtsfehler beim Rechtsfolgenausspruch	727
a) Auswirkungen auf den Schuldspruch	727
b) Auswirkungen auf andere Teile des Rechtsfolgenausspruchs	727
c) Rechtlich trennbare Teile des Rechtsfolgenausspruchs	727
III. Aufhebung von Feststellungen	729
1. Grundsatz	729

2. Einzelheiten	730
a) Grundsatz „größtmöglicher“, „tunlichster“ Aufrechterhaltung	730
b) Ausdrückliche Entscheidung zur Aufhebung von Feststellungen	730
c) Dem Strafausspruch zugehörige Feststellungen	731
d) Begriff der Betroffenheit	732
IV. Erstreckung der Aufhebung auf nichtrevidierende Mitverurteilte	734
1. Grundsatz	734
2. Einzelheiten	735
a) Aufhebung	735
b) Gesetzesverletzung bei Anwendung des Strafgesetzbuchs	735
c) Einzelfälle	736
F. Nach Aufhebung: Eigene Sachentscheidung des Revisionsgerichts oder Zurückverweisung	738
I. Eigene Sachentscheidung des Revisionsgerichts	738
1. § 354 Abs. 1 StPO	738
a) Fehler im Bereich der Strafzumessung	739
b) Fehler beim Schuldspruch	742
2. § 354 Abs. 1a StPO	748
a) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	748
b) Auslegung und Anwendungsbereich der Vorschrift	749
aa) Gesetzesverletzung nur bei Zumessung der Rechtsfolgen	749
bb) Korrektur im Rahmen des „Angemessenen“	751
cc) Verfahren	751
dd) Einzelfälle	753
II. Zurückverweisung durch das Revisionsgericht	755
1. „Neuer“ Richter	755
2. Neues Verfahren	755
3. Neue Entscheidung	755
a) Verschlechterungsverbot	756
b) Kein Widerspruch zum rechtskräftigen Teil der aufgehobenen Entscheidung und zu bindend gewordenen Feststellungen	757
Teil 10. Deliktsspezifische Strafzumessungsumstände	759
A. Vorbemerkung	759
B. Aussagedelikte (§§ 153 ff. StGB)	759
I. Strafzumessungsschuld	759
1. Erfolgsunwert	759
2. Handlungsunwert	760
II. Minder schwerer Fall des Meineids	761
III. Doppelverwertungsverbot	762
IV. Strafhöhen	762
C. Verletzung der Unterhaltungspflicht (§ 170 StGB)	762
I. Strafzumessungsschuld	762
1. Erfolgsunwert	762
2. Handlungsunwert	763
II. Besonderheiten	763
D. Sexueller Missbrauch von Kindern (§§ 176 ff. StGB)	764
I. Strafzumessungsschuld	764
1. Erfolgsunwert	764
2. Handlungsunwert	765
II. Doppelverwertungsverbot	766
III. Qualifikationen (§§ 176c, 176d StGB)	767
E. Sexueller Übergriff; sexuelle Nötigung; Vergewaltigung (§ 177 StGB)	767
I. Strafzumessungsschuld	769
II. Minder schwerer Fall (§ 177 Abs. 9 StGB)	772
III. Strafraumbesonderheiten	773

IV. Doppelverwertungsverbot	774
V. Bewährung bei Freiheitsstrafen von über einem Jahr	774
F. Tötungsdelikte (§§ 211 ff. StGB; 6 ff. VStGB)	774
I. Strafzumessungsschuld	775
1. Erfolgswert	775
2. Handlungswert	776
II. Besonders schwere und minder schwere Fälle	777
1. § 212 Abs. 2 StGB	777
2. § 213 StGB	778
III. Doppelverwertungsverbot	779
IV. Völkerstrafgesetzbuch (§§ 6 ff. VStGB)	780
G. Körperverletzungsdelikte (§§ 223 ff. StGB)	782
I. Strafzumessungsschuld	782
1. Erfolgswert	782
2. Handlungswert	783
II. Minder schwere Fälle bei den §§ 224 ff. StGB	784
III. Doppelverwertungsverbot	784
IV. Strafzumessungsbeispiele	785
H. Nötigung (§ 240 StGB)	785
I. Strafzumessungsschuld	785
1. Erfolgswert	785
2. Handlungswert	785
II. Besonders schwerer Fall	786
III. Strafzumessungsbeispiele	786
I. Diebstahl (§§ 242, 243 StGB)	787
I. Strafzumessungsschuld	787
1. Erfolgswert	787
2. Handlungswert	787
II. Doppelverwertungsverbot	788
III. Diebstahl geringwertiger Sachen (§§ 242, 243 Abs. 2, 248a StGB)	788
IV. Besonders schwerer Fall (§ 243 StGB)	789
V. Qualifikationen	789
VI. Strafzumessungsbeispiele	790
J. Raubdelikte (§§ 249 ff. StGB)	790
I. Strafzumessungsschuld	791
1. Erfolgswert	791
2. Handlungswert	792
II. Minder schwerer Fall	793
1. § 249 Abs. 2 StGB	793
2. § 250 Abs. 3 StGB	793
III. Doppelverwertungsverbot	794
K. Betrug (§ 263 StGB)	794
I. Strafzumessungsschuld	794
1. Erfolgswert	794
2. Handlungswert	795
II. Zeitablauf	796
III. Besonders schwerer Fall	797
IV. Strafzumessungsbeispiele	797
L. Untreue (§ 266 StGB)	798
I. Strafzumessungsschuld	799
1. Erfolgswert:	799
2. Handlungswert:	800
II. Zeitablauf, besonders schwerer Fall, Strafaussetzung zur Bewährung	801
III. Doppelverwertungsverbot	801
IV. Täterschaft und Teilnahme	801

M. Insolvenzstraftaten (§§ 283–283d StGB)	802
I. Strafzumessungsschuld	802
1. Erfolgswert	802
2. Handlungswert	802
II. Sonstige Umstände	803
N. Vollrausch (§ 323a StGB)	804
O. Bestechungsdelikte (§§ 331 ff. StGB)	805
P. Straßenverkehrsdelikte	807
I. Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)	807
1. Ersttäter	807
a) Vorsatz:	807
b) Fahrlässigkeit:	807
2. Wiederholungstäter	807
a) Erste Wiederholungstat	807
b) Zweite Wiederholungstat	808
II. Straßenverkehrsgefährdung bei alkoholbedingter Fahruntauglichkeit (§ 315c Abs. 1 Nr. 1a StGB)	809
1. Vorsatz in Bezug auf die Fahruntauglichkeit:	809
2. Fahrlässigkeit in Bezug auf die Fahruntauglichkeit:	809
3. Wiederholungstäter	809
III. Straßenverkehrsgefährdung durch grob verkehrswidriges und rücksichtsloses Verhalten (§ 315c Abs. 1 Nr. 2 StGB)	810
IV. Straßenverkehrsgefährdung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung (§§ 315c, 229 StGB)	810
V. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB)	810
1. Einstellung nach § 153a StPO	810
2. Strafen	811
VI. Fahrlässige Körperverletzung (§§ 229, 230 StGB)	811
1. Leichtes Verschulden, leichte Verletzungen	811
2. Mittleres Verschulden, mittelschwere Folgen	811
3. Schweres Verschulden, schwere Folgen	811
VII. Fahrlässige Tötung (§ 222 StGB)	812
1. Tateinheit mit § 315c Abs. 1 Nr. 1a StGB (alkoholbedingte Fahruntüchtigkeit):	812
2. Schweres Verschulden:	812
3. Leichtes Verschulden:	812
VIII. Fahren ohne Fahrerlaubnis (§§ 2, 21 StVG)	813
1. Ausländer mit nicht umgeschriebenem Führerschein:	813
2. Deutsche und Ausländer, die nicht unter 1. fallen:	813
a) einmalige Fahrt	813
b) Wiederholungstäter:	813
c) Fahren innerhalb einer Sperrfrist oder bei beschlagnahmtem oder sonst sichergestelltem Führerschein	813
IX. Verstöße gegen §§ 1 und 6 Pflichtversicherungsgesetz	813
X. Vorsätzliche Körperverletzung (§ 223 StGB)	813
XI. Beleidigung (§ 185 StGB)	813
XII. Nötigung (§ 240 StGB)	814
XIII. Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315b StGB)	814
Q. Betäubungsmittelstraftaten	814
I. Mengenbegriffe des BtMG	815
1. Geringe Menge	815
2. Mittelwert	817
3. Nicht geringe Menge	817
II. § 29 BtMG: Handeltreiben und die Regelbeispiele für besonders schwere Fälle	825
1. Handeltreiben	825
2. Besonders schwere Fälle	827

III. Die Verbrechenstatbestände in §§ 29a, 30 und in 30a BtMG	828
1. Die Tatbestände	828
a) Bande (§§ 30 Abs. 1 Nr. 1; 30a Abs. 1 BtMG)	828
b) Bewaffnet (§ 30a Abs. 2 Nr. 2 BtMG)	829
2. Minder schwere Fälle	832
IV. § 31 BtMG	835
1. Aufklärungshilfe und tätige Reue	835
2. Voraussetzungen der Aufklärungshilfe nach § 31 Nr. 1 BtMG	836
a) Aufklärungserfolg	836
aa) Die Tat im Sinne des § 31 BtMG	836
bb) Aufklärung	838
b) Aufklärungspflicht des Tatgerichts	840
c) Zeitgrenzen/Präklusion	841
3. Rechtsfolgen	841
4. Fehlgeschlagene Aufklärungshilfe	843
V. Erheblich verminderte Schuld	844
VI. Strafzumessungsschuld	845
1. Erfolgsunwert	845
2. Handlungsunwert	849
3. Unzulässige Strafzumessungserwägungen	852
a) Doppelverwertung von Tatbestandsmerkmalen	852
b) Strafschärfende Verwertung des Regelungszwecks	854
c) Strafschärfende Verwertung des Fehlens von Milderungsgründen	854
d) Sonstige logische Fehler	854
e) Zulässige Gesichtspunkte	855
VII. Strafaussetzung zur Bewährung oder Maßnahmen nach §§ 35 ff. BtMG	855
1. §§ 56 ff. StGB	855
a) Prognose	855
b) Die Verteidigung der Rechtsordnung	855
c) Besondere Umstände bei Strafaussetzung bei Freiheitsstrafen von über einem Jahr bis zu zwei Jahren	856
d) Weisung: Therapie	856
2. §§ 35 ff. BtMG	856
VIII. Unterbringung	857
IX. Einziehung (§§ 73 ff. StGB, 33 BtMG)	858
1. Einziehung von Taterträgen	858
2. Einziehung des Wertes von Taterträgen gemäß § 73c StGB	860
3. Erweiterte Einziehung von Taterträgen gemäß § 73a StGB	860
4. Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten (§ 74 StGB) sowie §§ 74a, 74c StGB	861
X. Entziehung der Fahrerlaubnis (§§ 69, 69a StGB)	862
R. Steuerhinterziehung	863
I. Strafzumessungsschuld	865
1. Erfolgsunwert	865
2. Handlungsunwert:	869
II. Zeitablauf; sonstige allgemeine Gerechtigkeitsgesichtspunkte	872
III. Besonders schwerer Fall der Steuerhinterziehung nach § 370 Abs. 3 AO	873
1. Allgemeines	874
2. Regelbeispiele	874
a) § 370 Abs. 3 Nr. 1 AO: Verkürzung von Steuern in großem Ausmaß	874
b) § 370 Abs. 3 Nr. 2 AO: Missbrauch seiner Befugnisse oder seiner Stellung als Amtsträger durch den Täter	876
c) § 370 Abs. 3 Nr. 3 AO: Ausnutzung der Mithilfe eines Amtsträgers	876
d) § 370 Abs. 3 Nr. 4 AO: fortgesetzte Steuerverkürzung unter Verwendung nachgemachter oder verfälschter Belege	876
e) § 370 Abs. 3 Nr. 5 AO: Bande	877
3. § 370 Abs. 3 AO: nicht umschriebener besonders schwerer Fall	878
IV. Doppelverwertungsverbot	878

V. Geld- oder Freiheitsstrafe	878
VI. Bewährung	879
VII. Einziehung	880
VIII. Aus einem nicht veröffentlichten Erlass (Verfügung) einer Oberfinanzdirektion (OFD) zur Strafzumessung bei Steuerstraftaten und zur Bemessung der Geldbuße bei Steuerordnungswidrigkeiten	880
IX. Strafmaßstabellen und Straftaxen	882
Teil 11. Die Jugendstrafe	885
A. Kriminalpolitik und verfassungsrechtliche Grundlagen	885
I. Kriminalpolitische Implikationen	885
II. Legitimation der Jugendstrafe	886
1. Jugendstrafe im System der jugendstrafrechtlichen Sanktionen	887
2. Jugendstrafe im verfassungsrechtlichen Kontext	887
3. Einfach-rechtliche Grenzen der Jugendstrafe	889
B. Das Instrumentarium jugendstrafrechtlicher Sanktionen	889
I. Anwendbarkeit des Jugendstrafrechts	889
1. Jugendliche	890
2. Heranwachsende	890
3. Straftaten in verschiedenen Altersstufen	891
II. Die Erziehungsmaßregeln	892
III. Die Zuchtmittel	893
1. Verwarnung	893
2. Auflagen	893
3. Arrest	894
IV. Die Jugendstrafe	895
1. Allgemeines	895
2. Die Anordnungsvoraussetzungen der Jugendstrafe	895
a) Schädliche Neigungen	895
aa) Vor der Tat	896
bb) Und im Urteilszeitpunkt	898
b) Schwere der Schuld	899
aa) Erziehungsbedarf als notwendiges Kriterium der Schuldschwere?	900
bb) Schwere des Tatunrechts	902
3. Aussetzung der Vollstreckung einer Jugendstrafe zur Bewährung (§ 21 JGG)	905
V. Die Anordnung von Maßnahmen	906
1. Maßregeln der Besserung und Sicherung	906
2. Einziehung	908
C. Die Zumessung der Jugendstrafe	908
I. Strafraumen	908
II. Kriterien der Strafzumessung	909
1. Feststellung des Erziehungsbedarfs	910
2. Jugendspezifische Bestimmung der Tatschuld	911
a) Ausgangspunkt: Der hypothetische Blick ins Erwachsenenstrafrecht	911
b) Wechselwirkung zwischen Tatschuld und Erziehungsgedanke	913
c) Erfordernis einer Gesamtabwägung und Höhe der Jugendstrafe	914
III. Kompensationsentscheidungen	915
D. Die einheitliche Jugendstrafe	916
I. Die Besonderheiten bei Tatmehrheit	916
II. Verschiedene Urteilszeitpunkte	916
1. Keine Erledigung	917
2. Anrechnungen	917
3. Einheitliche Entscheidung	918
III. Absehen von der Einbeziehung	919
E. Die Revisibilität der jugendstrafrechtlichen Rechtsfolgenentscheidung	920
Sachregister	923